

M I T T E I L U N G

Die 19. Sitzung (**öffentliche Anhörung**) des Ausschusses für Kultur und Medien findet statt am

Mittwoch, dem 27. Oktober 1999, 14.00 Uhr
Berlin, Reichstagsgebäude, Raum 3 S 001

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Öffentliche Anhörung zum Thema:

Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

(Fragenkatalog und Liste der Sachverständigen s. Anlage)

im Anschluss daran, ca. 17.00 Uhr, findet im selben Sitzungssaal

die 20. Sitzung (**nicht öffentlich**) des Ausschusses für Kultur und Medien

statt

Tagesordnung

- 1. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament**
„EXPO 2000 Hannover
Ratsdokument 07086/99

Adrs. 0035

Federführung: Ausschuß für Wirtschaft und Technologie
Mitberatung: Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Ausschuß für Umwelt und Naturschutz
Ausschuß für die Angelegenheiten der
Europäischen Union
Ausschuß für Kultur und Medien

Berichterstattung: Monika Griefahn, MdB
Erika Steinbach, MdB
Dr. Antje Vollmer, MdB
Hans-Jochim Otto (Frankfurt a.M.), MdB
Dr. Heinrich Fink, MdB

2. Antrag der Fraktion der PDS

**Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse und zur Herstellung von mehr
Rechtssicherheit in Ostdeutschland „Chefsache Ost“
Drucksache 14/1277**

Federführung: Ausschuß für Angelegenheiten der neuen Länder
Mitberatung: Innenausschuß
Rechtsausschuß
Finanzausschuß
Ausschuß für Wirtschaft und Technologie
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Ausschuß für Bildung und Forschung
Ausschuß für Kultur und Medien

Berichterstattung: Gisela Schröter, MdB
Margarete Späte, MdB
Dr. Antje Vollmer, MdB
Hans-Jochim Otto (Frankfurt a.M.), MdB
Dr. Heinrich Fink, MdB

3. Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2000

**Einzelplan 04 (Anlage zur Drucksache 14/1400, Kapitel 0403)
Presse und Informationsamt der Bundesregierung**

Berichterstattung: Prof. Gert Weisskirchen (Wiesloch), MdB
Dr. Norbert Lammert, MdB
Dr. Antje Vollmer, MdB
Hans-Jochaim Otto (Frankfurt a.M.), MdB
Dr. Heinrich Fink, MdB

**4. Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2000
Einzelplan 04 (Anlage zur Drucksache 14/1400, Kapitel 0405
Der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der
Medien**

Berichterstattung: Gert Weisskirchen (Wiesloch), MdB
Dr. Norbert Lammert, MdB
Dr. Antje Vollmer, MdB
Hans-Jochaim Otto (Frankfurt a.M.), MdB
Dr. Heinrich Fink, MdB

**5. Antrag der CDU/CSU-Fraktion zu den geplanten Änderungen im
Haushaltssanierungsgesetz betreffend die Künstlersozialversicherung**

6. Verschiedenes

Dr. Elke Leonhard MdB
Vorsitzende

Den aktuellen Stand der Tagesordnung können Sie im Intranet des Deutschen Bundestages abrufen.

Fragenkatalog
für die öffentliche Anhörung
zum Thema
"Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG)"
am Mittwoch, dem 27. Oktober 1999, in Berlin

1. Sollte die in § 96 BVFG formulierte Verpflichtung des Bundes und der Länder geändert bzw. weiterentwickelt werden, und falls ja,
 - a) mit welchen Schwerpunkten;
 - b) wäre dazu eine Änderung des § 96 BVFG notwendig?

2. Wie beurteilen Sie die vom Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien vorgelegte Konzeption zur Förderung nach § 96 BVFG (s. *Anlage*) vor allem
 - a) mit Blick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der weggefallenen Grenzen in Europa und der anstehenden Erweiterung der Europäischen Union um die osteuropäischen Nachbarstaaten;
 - b) mit Blick auf mögliche Überschneidungen der Vertriebenenkulturarbeit mit den Aufgaben der auswärtigen Kulturpolitik;
 - c) mit Blick darauf, daß die jüngere Generation von dieser Kulturarbeit – insbesondere auch in den neuen Ländern – erreicht wird;
 - d) mit Blick auf die beabsichtigte Neustrukturierung von Einrichtungen nach dem „Regionalprinzip“?

3. Schon unter der alten Bundesregierung gab es Konsens, daß die Mittel für die Kulturförderung nach § 96 BVFG zu straffen sind. Bundesrechnungshofberichte haben das eindringlich belegt. Heute kommt hinzu, daß alle ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müssen.
 - a) Wo sehen Sie konkrete Möglichkeiten Mittel einzusparen?
 - b) Welche Konsequenzen sind daraus in der Förderpraxis zu ziehen?

Liste der Sachverständigen

1. Herr Dr. Peter Becher, Adalbert-Stifter-Verein, München
2. Frau Michaela Hriberski, Generalsekretärin des Bundes der Vertriebenen, Bonn
3. Herr Rudi Klarer, Geschäftsführer Deutsche Jugend in Europa e.V., Bonn
4. Herr Prof. Dr. Dieter Kramer, Museum für Völkerkunde, Frankfurt/Main
5. Herr Prof. Dr. habil. Hubert Orłowski, Universität Posen (Polen)
6. Herr Thaddäus Schäpe, Geschäftsführer des deutsch-polnischen Hauses, Gliwice (Polen)
7. Herr Prof. Dr. Karl Schlögel, Viadrina Frankfurt/Oder